

Änderungsantrag der Fraktionen DIE LINKE/ Die PARTEI und Bündnis90/Die Grünen zum Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen - Landkreis Teltow-Fläming wird Sicherer Hafen (Drucksache 6-4271/20-KT)

1. Der Landkreis Teltow-Fläming unterstützt das Netzwerk „Städte Sicherer Hafen“ als Initiative zur zusätzlichen Aufnahme von Geflüchteten, insbesondere von Familien, Kindern und Jugendlichen aus den Flüchtlingslagern in Griechenland und für besonders Schutzbedürftige, vor Krieg geflüchtete Menschen.

Der Landkreis fordert die Bundesregierung auf, zügig die entsprechenden Voraussetzungen zur zusätzlichen Aufnahme von Geflüchteten zu schaffen, da die Landkreise Planungssicherheit hinsichtlich entsprechender Personal- und Unterbringungskapazitäten und notwendiger finanzieller Auswirkungen brauchen. Der Kreistag dankt der Landesregierung für die bereits eingeleiteten Initiativen in diesem Sinne.

2. Der Landkreis appelliert an die Bürgermeister*innen in Teltow-Fläming, die Aufnahme der Geflüchteten mit der Bereitstellung von Wohnungen zu unterstützen und damit einen langfristig sicheren Ankunftsort für die(se) Geflüchteten zu schaffen. Der Landkreis sagt die Unterbringung von mindestens 50 Geflüchteten zu, davon mindestens 20 Kinder und Jugendliche.

Im Segment des sozialen Wohnungsbestandes ist bereits gegenwärtig – auch für Inländer – im Landkreis Wohnungsnot festzustellen. Durch Bund und Land sind wirksame Förderprogramme zur Unterstützung der Gemeinden und Städte bei der Schaffung von Sozialwohnungen bereit zu stellen.

3. In Anbetracht auch der Auswirkungen der Corona-Pandemie wird die Landrätin aufgefordert, alle Möglichkeiten für die prioritäre Unterbringung von Geflüchteten in Verbundwohnungen zu prüfen. Trotz Einhaltung der Standards zum Betrieb der Gemeinschaftsunterkünfte bieten diese vergleichsweise schlechtere Möglichkeiten zur Umsetzung der Hygieneanforderungen und zur Eindämmung von Infektionen.